



Dr. Gerhard Kempter

Kempter Financial Management, Freiburg

Vorsitzender des Kuratoriums des Walter Eucken Instituts

„Deutsche wollen starken Staat“

titelt die Zeitschrift STERN im Dezember 2012 „doch die meisten Bürger zweifeln, ob die Steuergelder immer richtig eingesetzt werden.“ Der „starke“ Staat im 21. Jahrhundert, dies ein Petikum der Freiburger Schule, zeichnet sich durch ein gut funktionierendes Gemeinwesen und durch eine Ordnung aus, in der Freiheit und Eigenverantwortung gefördert werden. Ein „starker“ Staat ist auch kein Schuldenstaat (I) oder ein Staat, der sich durch mangelhaft regulierte Marktteilnehmer, in der jüngeren Vergangenheit einzelne Finanzinstitute, erpressen lässt (II).

I
Unverändert kritisch ist die Staatsschuldenkrise zu beurteilen. Denn es sind nicht anonyme Kräfte wie „die Finanzmärkte“ oder noch einfacher „der Euro“, die an der Staatsverschuldung „schuld“ sind. Das Schuldenmachen ist einzig und allein politisch zu verantworten. Im vergangenen Jahr hat der Staat in Deutschland erstmals mehr als 600 Milliarden Euro an Steuern eingenommen und für die nächsten Jahre sagen die Steuerschätzer weitere Zuwächse voraus. Unser Staat hat kein Einnahmeproblem und sparen heißt nicht, sich weniger zu verschulden und nicht ganz so viel von jenem Geld auszugeben, das man nicht hat. Eine Rückführung der Staatsverschuldung sollte vor allem über die Ausgabenseite erreicht werden. Es gilt, den zurückhaltenden Staat wieder in den Vordergrund zu rücken und die Schulden gemessen am Sozialprodukt unter das Maastricht-Kriterium von 60 Prozent zu bringen. Der Staatsschuldenkrise kann durch die Lehren der Freiburger Schule, durch liberale Strukturreformen – allem voran der Reformierung der Arbeitsmärkte – erfolgreich begegnet werden. Der väterliche Fürsorge- und Verteilungsstaat führt jedenfalls in eine Sackgasse.

II
Im zu Ende gehenden Jahr drei der europäischen Finanzmarktkrise mehren sich die Zeichen einer Stabilisierung. Auch wenn die Beseitigung der offensichtlich gewordenen Konstruktionsfehler der Währungsunion und der Wettbewerbs- und Struk-

turprobleme noch sehr viel Geduld erfordern wird, ist die Eurozone stabiler aufgestellt als noch vor Jahresfrist. Wesentliche Voraussetzungen sind erfüllt: Europäischer Stabilitätsmechanismus, Bankenunion und Bankenaufsicht dienen dem Ziel, das Vertrauen in den europäischen Wirtschaftsraum wiederherzustellen.

Vertrauensverlust, Occupy-Bewegungen und die Proteste gegen Habgier, unverantwortliches und unsoziales Handeln, gegen die „Macht der Banken“ sind verständlich. Nach den Exzessen der vergangenen Jahre ist eine wirksamere Regulierung notwendig. Im Sinne von Walter Eucken müssen verbindliche Regeln gesetzt werden, die genügend Spielraum zur Entfaltung bieten, andererseits Risiken für die Volkswirtschaft aus der Finanzwirtschaft begrenzen. Wir brauchen nicht mehr, wir brauchen bessere Spielregeln und ein nachhaltiger Finanzmarkt muss sich künftig daran messen lassen, ob er der Realwirtschaft dient. Auch Dezentralität, die Stärkung einer subsidiär aufgebauten Bankenstruktur hilft, Krisen zu vermeiden. Systemrelevante Banken und deren Risiken müssen beherrschbar werden.

Das Durchgriffsrecht der künftigen Bankenaufsicht und die Konzentration auf besonders große und grenzüberschreitend tätige Banken weisen in die richtige Richtung. Transparente Risiken bei gleichzeitiger Erhaltung der wichtigen Leistungen der internationalen Geldhäuser für die globale Wirtschaft gehören zu den Zielen. Die hohe Komplexität der Finanzgeschäfte, die Vielfalt der Geschäftsmodelle und die damit verbundenen unterschiedlichen Risiken erlauben keine einheitlichen Bankregeln. Auf einfachen und für alle Banken verbindlichen Grundregeln können den jeweiligen Geschäftsmodellen und Risikogehalten angemessene spezifische Vorschriften aufgebaut werden. Erforderlich ist eine qualitative Prüfung, die individuell auf das Geschäftsmodell der jeweiligen Bank ausgerichtet ist. Zu hoffen ist, dass die bei der EZB angesiedelte Bankenaufsicht eindeutig von der Geldpolitik getrennt und kompetenter wird. Eine wesentliche Ursache für die Finanzmarktkrise war, dass die reichlich vorhandenen Prüfungsressourcen

nicht richtig eingesetzt wurden.

Im Dezember des Jahres 2011 erhielt Professor Dr. Lars P. Feld einen Ruf an die ETH Zürich. Alle Mitglieder des Kuratoriums haben mit Rat und Tat wesentlich dazu beigetragen, dass Herr Feld dem Ruf nicht folgte. Hierfür meinen verbindlichen Dank. Margot Selz, die Vorsitzende des Aktionskreises Freiburger Schule, hat sich ebenso beispielhaft für den Verbleib von Herrn Feld eingesetzt wie der Vorsitzende des Universitätsrates Professor Burkart Knospe.

Besonders freut es mich daher, dass Herr Knospe als engagierter Vertreter der Freiburger Schule für das Kuratorium des Walter Eucken Instituts gewonnen werden konnte. Nach acht Jahren hat Professor Dr. Joachim Starbatty seinen Sitz im Kuratorium aus Altersgründen aufgegeben. Dem treuen Freund des Instituts und unermüdlichen Kämpfer für die Soziale Marktwirtschaft sei an dieser Stelle sehr herzlich gedankt. Er hat sich in besonderer Weise für das Walter Eucken Institut engagiert und somit zum Erfolg des Instituts beigetragen.

Freiburg, im Mai 2013

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'G. Kempter', written in a cursive style.

Gerhard Kempter